

Gemeindeverwaltungsverband Winnenden

S i t z u n g s v o r l a g e

Nr. GVV001/2023

Federführendes Amt:

Geschäftsstelle-GVV

Beratungsfolge	Behandlung	Termin
Verbandsversammlung	Beschlussfassung	19.07.2023

Betreff:

Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Baurechtsbehörde

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Baurechtsbehörde wird entsprechend der Anlage 1 zu dieser Vorlage geändert und neu gefasst.

Finanzielle Auswirkungen:

Produktgruppe / Maßnahme		
Haushaltsansatz		
Üpl./Apl. gen. Haushaltsmittel / übertragener Ermächtigungsrest		
Ausgegebene Haushaltsmittel und erteilte Aufträge		
Noch freie Haushaltsmittel		
Verpflichtungsermächtigungen f. Ausz. in Folgejahren		
Zu erteilende Aufträge/zu vergebende Leistungen		
Zu genehmigende üpl./apl. Aufwendung / Auszahlung		
Zu genehmigende üpl./apl. Verpflichtungsermächtigung		

Begründung:

Die derzeit gültige Gebührensatzung ist seit dem 01.08.2006 in Kraft und wird mit diesen Gebühren bis heute angewendet. Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Baurechtsbehörde ist anzupassen, da einige Tatbestände bisher nicht erfasst sind oder Tatbestände textlich

Gemeindeverwaltungsverband Winnenden

S i t z u n g s v o r l a g e

Nr. GVV001/2023

oder betragsmäßig angepasst werden müssen. Eine Gebührenerhebung dieser Tatbestände könnte andernfalls nicht rechtssicher durchgeführt werden. In einem ersten Schritt soll zunächst eine Änderung der Gebührensatzung nur in diesen Punkten des Gebührenverzeichnisses erfolgen. Im Anschluss daran soll die Satzung neu kalkuliert und komplett überarbeitet werden. Dazu wird ein Kommunalberatungsbüro beauftragt.

Neu eingefügt wurde im Gebührenverzeichnis:

3	Erteilung einer Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren (§ 52 BauGB)	4,1 v.T. der Baukosten, mind. 60 €
25	Denkmalschutz: Erteilung einer Bescheinigung §§ 7i, 10f, 10g, 11b EStG zur Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen	50 € bis 500 €
26	Denkmalschutzrechtliche Genehmigung / Zustimmung	50 € bis 500 €
27	Anordnungen im Rahmen des Denkmalschutzes	50 € bis 500 €

Die ehemalige Ziff. 17 Brandverhütungsschau wird angepasst um die Möglichkeit zu schaffen, einzelne Brandverhütungsschauen auch an sachverständige Externe zu vergeben. Auf Basis der bisher gültigen Satzung können Gebühren von 43 € je angefangene Stunde und Person abgerechnet werden. Bei einer Gebühr mit einem Stundensatz ist es nicht möglich alle Leistungen eines externen Sachverständigen an die jeweiligen Eigentümer der Liegenschaft weiter zu berechnen und die Höhe des angegebenen Stundensatzes entspricht nicht mehr gängigen Stundensätzen der freien Wirtschaft. Die entstehenden Kosten können nicht umfänglich in Rechnung gestellt werden.

Die Gebühren lehnen sich an die entsprechenden Gebühren der Stadt Weinstadt an, die Brandverhütungsschauen derzeit schon an externe Sachverständige vergibt. Der Gebührenrahmen muss jedoch im Vergleich zu Weinstadt nach oben erweitert werden. Um die Kosten von Brandverhütungsschauen für größere Objekte in Winnenden (z.B. Rems-Murr-Klinikum, ZfP usw.) in Rechnungen stellen zu können, erscheint eine Gebührenhöhe von bis zu 9.000,00 € geboten.

Die ehemalige Ziff. 17 wird daher aufgeteilt und geändert wie folgt:

18	Brandverhütungsschau vor Ort einschließlich Vor- und Nachbereitung	167 € bis 9.000 €
19	Brandverhütungsschau: Nachschau und weitere Verfahrensschritte	55 € bis 9.000 €

Gemeindeverwaltungsverband Winnenden

S i t z u n g s v o r l a g e

Nr. GVV001/2023

Der Text der ehemaligen Ziff. 19 „Bearbeitung der Baulastenerklärung (§ 71 LBO) mit einem Gebührensatz in Höhe von 43 € je angefangene Stunde und pro Person wird geändert wie folgt:

21	Eintragung, Löschung und Änderung von Baulasten (§ 71 LBO)	50 € bis 400 €
----	------------------------------------------------------------	----------------

Durch die eingefügten Punkte hat sich die Nummerierung der einzelnen Punkte im Vergleich zur bisher gültigen Satzung geändert.

Es wird empfohlen, die als Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügte Gebührensatzung zu beschließen und zum 01.09.2023 in Kraft zu setzen.

CO ₂ -Relevanz:			
Auswirkung auf den Klimaschutz	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>

Begründung / Optimierung:

Verwaltungsaufwand:	
Auswirkung auf die Verwaltungsarbeit	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja Verwaltungsaufwand wird erhöht <input type="checkbox"/> Verwaltungsaufwand wird reduziert <input type="checkbox"/>

Begründung:

Anlagen:

Anlage 1 Gebührensatzung gültig ab 01.09.2023

Anlage 2 Gebührensatzung gültig ab 01.09.2023_Hervorhebungen

S a t z u n g

über die Erhebung von Gebühren

für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Baurechtsbehörde

(Gebührensatzung Fachbereich Untere Baurechtsbehörde)

Aufgrund von § 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 17.03.2005 (GBl. S. 206) in Verbindung mit

- § 4 Abs. 3 des Landesgebührengesetzes (LGebG) vom 14.12.2004 (GBl. S. 895),
- § 5 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) vom 16.09.1974 (GBl. S. 408, 1975 S. 460, 1976 S. 408), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.2004 (GBl. S. 884),
- § 4 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 11.02.2020 (GBl. S. 40),

hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Winnenden in ihrer Sitzung am xx.xx.xxxx folgende Gebührensatzung für den Fachbereich Untere Baurechtsbehörde beschlossen:

§ 1

- (1) Für die Wahrnehmung von Aufgaben des Gemeindeverwaltungsverbands Winnenden als Untere Baurechtsbehörde im Sinne der Landesbauordnung werden Gebühren nach dem Gebührenverzeichnis zu dieser Gebührensatzung erhoben.
- (2) Für die Erteilung von Befreiungen (Ausnahmebewilligungen) von Rechtsvorschriften und sonstigen allgemeinen Anordnungen werden Gebühren in Höhe von 25 Euro bis 2.500 Euro erhoben, soweit hierüber im Gebührenverzeichnis zu dieser Gebührensatzung nichts Besonderes bestimmt ist.
- (3) Für Aktenübersendung oder Übermittlung digitaler Daten werden Gebühren in Höhe von 10 Euro bis 200 Euro erhoben.
- (4) Für die Wahrnehmung von Aufgaben nach Abs. 1, für die weder ein Gebührentatbestand noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, können Gebühren bis 10.000 Euro erhoben werden
- (5) Im Übrigen gelten die Regelungen des Kommunalabgabengesetzes i.V.m. den anzuwendenden Regelungen der Abgabenordnung und des Landesgebührengesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2

- (1) Wird ein Antrag auf eine öffentliche Leistung abgelehnt, wird eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 25 Euro, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben.
- (2) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung gemäß § 54 Abs. 1 LBO zurückgewiesen, zurückgenommen oder unterbleibt aus sonstigen Gründen die Amtshandlung, wird eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 25 Euro, erhoben, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Erbringung der öffentlichen Leistung aber noch nicht beendet war.

§ 3

- (1) Soweit die Gebühren nach den Baukosten berechnet werden (Gebührenverzeichnis lfd. Nr. 1, 3, 8 und 15) ist von den Kosten nach DIN 276 Kostengruppen 300 und 400 (Seite 5 bis 9) Ausgabe Juni 1993 auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Werts etwaiger Eigenleistungen (Material- und Arbeitsleistung). Die Baukosten sind auf volle 1.000 Euro aufzurunden. Zu den Baukosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.

§ 4

- (1) Diese Satzung tritt am 01.09.2023 in Kraft.

A u s g e f e r t i g t :

Winnenden, den 20.07.2023

Holzwarth

Verbandsvorsitzender

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung für Baden Württemberg (GemO) erlassener Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung beim Gemeindeverwaltungsverband Winnenden geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist verstreichen lässt, ohne tätig zu werden, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder
- der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder eine dritte Person die Verletzung gerügt hat.

V e r t e i l e r :

Stadt Winnenden Ämter 10, 14, 20, Amt 60 2-fach
Gemeinde Leutenbach
Gemeinde Schwaikheim
Regierungspräsidium Stuttgart 2 x
Verbandsvorsitzender
Geschäftsstelle 2 x

Gebührenverzeichnis

zur Satzung des Gemeindeverwaltungsverbands Winnenden
über die Erhebung von Gebühren
für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Baurechtsbehörde

Ifd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebührensatz
1	Erteilung eines Bauvorbescheids, wenn mit der Prüfung von Bauzeichnungen verbunden	1,6 v.T. der Baukosten, mind. 50 €
2	Erteilung eines Bauvorbescheids in übrigen Fällen	50 € bis 1.200 €
3	Erteilung einer Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren (§ 52 BauGB)	4,1 v.T. der Baukosten, mind. 60 €
4	Genehmigungen von Anlagen und Einrichtungen (§ 49 Abs. 1 LBO)	6,2 v.T. der Baukosten, mind. 80 €
5	Genehmigungen von Anlagen und Einrichtungen, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	80 € bis 2.400 €
6	Genehmigung des Abbruchs von Anlagen und Einrichtungen (§ 49 Abs. 1 LBO)	6,2 v.T. der Abbruchkosten, mind. 80 €
7	Genehmigung einer oder mehrerer Werbeanlagen im Außenbereich für eine zeitlich begrenzte Veranstaltung	50 € bis 800 €
8	Genehmigung jeder anderen Werbeanlage	50 € bis 1.600 €
9	Teilbaugenehmigung von Anlagen und Einrichtungen (§ 61 Abs. 1 LBO)	1,6 v.T. der Teilbaukosten, mind. 50 €

Ifd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebührensatz
10	Teilbaugenehmigung von Anlagen und Einrichtungen, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	50 € bis 1.200 €
11	Befreiung von baurechtlichen Vorschriften und von Festsetzungen eines Bebauungsplans, je Befreiung	50 € bis 10.000 €
12	Ausnahme oder Abweichung von baurechtlichen Vorschriften und von Festsetzungen eines Bebauungsplans, je Ausnahme oder Abweichung	50 € bis 5.000 €
13	Beratung des Bauherrn oder Planverfassers im Kenntnisgabeverfahren	15 Minuten gebührenfrei, danach 11 € pro Person je angefangene 15 Minuten
14	Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	50 € bis 500 €
15	Ablehnung eines Antrags auf Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	50 € bis 500 €
16	Bauüberwachung (§ 66 LBO), Rohbau und / oder Fertigstellungsabnahme (§ 67 LBO)	1,6 v.T. der Baukosten, mind. 50 €
17	Bauüberwachung für jede sonstige erforderliche Kontrolle	50 € bis 400 €
18	Brandverhütungsschau vor Ort einschließlich Vor- und Nachbereitung	167 € bis 9.000 €
19	Brandverhütungsschau: Nachschau und weitere Verfahrensschritte	55 € bis 9.000 €
20	Gebrauchsabnahme oder Nachabnahme Fliegender Bauten (§ 69 Abs. 6 Satz 2 oder Abs. 8 Satz 1 LBO)	43 € je angefangene Stunde und pro Person
21	Eintragung, Löschung und Änderung von Baulasten (§ 71	50 € bis 400 €

	LBO)	
lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebührensatz
22	Verlängerung der Geltungsdauer von Bescheiden	¼ der jeweils zu erhebenden Gebühr, mind. 50 €
23	Erteilung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung (§ 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Nr. 2 WEG)	50 € bis 2.000 €
24	Anordnungen im Rahmen des Bauordnungsrechts	50 € bis 800 €
25	Denkmalschutz: Erteilung einer Bescheinigung §§ 7i, 10f, 10g, 11b EStG zur Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen	50 € bis 500 €
26	Denkmalschutzrechtliche Genehmigung / Zustimmung	50 € bis 500 €
27	Anordnungen im Rahmen des Denkmalschutzes	50 € bis 500 €

S a t z u n g

über die Erhebung von Gebühren

für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Baurechtsbehörde

(Gebührensatzung Fachbereich Untere Baurechtsbehörde)

Aufgrund von § 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 17.03.2005 (GBl. S. 206) in Verbindung mit

- § 4 Abs. 3 des Landesgebührengesetzes (LGebG) vom 14.12.2004 (GBl. S. 895),
- § 5 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) vom 16.09.1974 (GBl. S. 408, 1975 S. 460, 1976 S. 408), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.2004 (GBl. S. 884),
- § 4 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 11.02.2020 (GBl. S. 40),

hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Winnenden in ihrer Sitzung am **xx.xx.xxxx** folgende Gebührensatzung für den Fachbereich Untere Baurechtsbehörde beschlossen:

§ 1

- (1) Für die Wahrnehmung von Aufgaben des Gemeindeverwaltungsverbands Winnenden als Untere Baurechtsbehörde im Sinne der Landesbauordnung werden Gebühren nach dem Gebührenverzeichnis zu dieser Gebührensatzung erhoben.
- (2) Für die Erteilung von Befreiungen (Ausnahmebewilligungen) von Rechtsvorschriften und sonstigen allgemeinen Anordnungen werden Gebühren in Höhe von 25 Euro bis 2.500 Euro erhoben, soweit hierüber im Gebührenverzeichnis zu dieser Gebührensatzung nichts Besonderes bestimmt ist.
- (3) Für Aktenübersendung oder Übermittlung digitaler Daten werden Gebühren in Höhe von 10 Euro bis 200 Euro erhoben.
- (4) Für die Wahrnehmung von Aufgaben nach Abs. 1, für die weder ein Gebührentatbestand noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, können Gebühren bis 10.000 Euro erhoben werden
- (5) Im Übrigen gelten die Regelungen des Kommunalabgabengesetzes i.V.m. den anzuwendenden Regelungen der Abgabenordnung und des Landesgebührengesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2

- (1) Wird ein Antrag auf eine öffentliche Leistung abgelehnt, wird eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 25 Euro, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben.
- (2) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung gemäß § 54 Abs. 1 LBO zurückgewiesen, zurückgenommen oder unterbleibt aus sonstigen Gründen die Amtshandlung, wird eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 25 Euro, erhoben, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Erbringung der öffentlichen Leistung aber noch nicht beendet war.

§ 3

- (1) Soweit die Gebühren nach den Baukosten berechnet werden (Gebührenverzeichnis lfd. Nr. 1, 3, 8 und 15) ist von den Kosten nach DIN 276 Kostengruppen 300 und 400 (Seite 5 bis 9) Ausgabe Juni 1993 auszugehen, die am Ort der Bauausführung im Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung zur Erstellung des Vorhabens erforderlich sind, einschließlich des Werts etwaiger Eigenleistungen (Material- und Arbeitsleistung). Die Baukosten sind auf volle 1.000 Euro aufzurunden. Zu den Baukosten gehört die auf diese Kosten entfallende Umsatzsteuer.

§ 4

- (1) Diese Satzung tritt am 01.09.2023 in Kraft.

A u s g e f e r t i g t :

Winnenden, den 20.07.2023

Holzwarth

Verbandsvorsitzender

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung für Baden Württemberg (GemO) erlassener Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung beim Gemeindeverwaltungsverband Winnenden geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist verstreichen lässt, ohne tätig zu werden, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder
- der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder eine dritte Person die Verletzung gerügt hat.

V e r t e i l e r :

Stadt Winnenden Ämter 10, 14, 20, Amt 60 2-fach
Gemeinde Leutenbach
Gemeinde Schwaikheim
Regierungspräsidium Stuttgart 2 x
Verbandsvorsitzender
Geschäftsstelle 2 x

Gebührenverzeichnis

zur Satzung des Gemeindeverwaltungsverbands Winnenden
über die Erhebung von Gebühren
für die Wahrnehmung von Aufgaben als Untere Baurechtsbehörde

Ifd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebührensatz
1	Erteilung eines Bauvorbescheids, wenn mit der Prüfung von Bauzeichnungen verbunden	1,6 v.T. der Baukosten, mind. 50 €
2	Erteilung eines Bauvorbescheids in übrigen Fällen	50 € bis 1.200 €
3	Erteilung einer Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren (§ 52 BauGB)	4,1 v.T. der Baukosten, mind. 60 €
4	Genehmigungen von Anlagen und Einrichtungen (§ 49 Abs. 1 LBO)	6,2 v.T. der Baukosten, mind. 80 €
5	Genehmigungen von Anlagen und Einrichtungen, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	80 € bis 2.400 €
6	Genehmigung des Abbruchs von Anlagen und Einrichtungen (§ 49 Abs. 1 LBO)	6,2 v.T. der Abbruchkosten, mind. 80 €
7	Genehmigung einer oder mehrerer Werbeanlagen im Außenbereich für eine zeitlich begrenzte Veranstaltung	50 € bis 800 €
8	Genehmigung jeder anderen Werbeanlage	50 € bis 1.600 €
9	Teilbaugenehmigung von Anlagen und Einrichtungen (§ 61 Abs. 1 LBO)	1,6 v.T. der Teilbaukosten, mind. 50 €

Ifd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebührensatz
10	Teilbaugenehmigung von Anlagen und Einrichtungen, wenn der Gebührenberechnung Baukosten nicht zugrunde gelegt werden können	50 € bis 1.200 €
11	Befreiung von baurechtlichen Vorschriften und von Festsetzungen eines Bebauungsplans, je Befreiung	50 € bis 10.000 €
12	Ausnahme oder Abweichung von baurechtlichen Vorschriften und von Festsetzungen eines Bebauungsplans, je Ausnahme oder Abweichung	50 € bis 5.000 €
13	Beratung des Bauherrn oder Planverfassers im Kenntnisgabeverfahren	15 Minuten gebührenfrei, danach 11 € pro Person je angefangene 15 Minuten
14	Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	50 € bis 500 €
15	Ablehnung eines Antrags auf Untersagung des Baubeginns im Kenntnisgabeverfahren nach § 59 Abs. 4 LBO	50 € bis 500 €
16	Bauüberwachung (§ 66 LBO), Rohbau und / oder Fertigstellungsabnahme (§ 67 LBO)	1,6 v.T. der Baukosten, mind. 50 €
17	Bauüberwachung für jede sonstige erforderliche Kontrolle	50 € bis 400 €
18	Brandverhütungsschau vor Ort einschließlich Vor- und Nachbereitung	167 € bis 9.000 €
19	Brandverhütungsschau: Nachschau und weitere Verfahrensschritte	55 € bis 9.000 €
20	Gebrauchsabnahme oder Nachabnahme Fliegender Bauten (§ 69 Abs. 6 Satz 2 oder Abs. 8 Satz 1 LBO)	43 € je angefangene Stunde und pro Person
21	Eintragung, Löschung und Änderung von Baulasten (§ 71	50 € bis 400 €

	LBO)	
lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebührensatz
22	Verlängerung der Geltungsdauer von Bescheiden	¼ der jeweils zu erhebenden Gebühr, mind. 50 €
23	Erteilung einer Abgeschlossenheitsbescheinigung (§ 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Nr. 2 WEG)	50 € bis 2.000 €
24	Anordnungen im Rahmen des Bauordnungsrechts	50 € bis 800 €
25	Denkmalschutz: Erteilung einer Bescheinigung §§ 7i, 10f, 10g, 11b EStG zur Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen	50 € bis 500 €
26	Denkmalschutzrechtliche Genehmigung / Zustimmung	50 € bis 500 €
27	Anordnungen im Rahmen des Denkmalschutzes	50 € bis 500 €